

„Brenners Vision eines vereinigten Europas“

Angesichts der Verheerungen des Zweiten Weltkrieges war Brenner der Ansicht, dass eine grundlegende Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse „ohne nationale Tabus“ als politisches und wirtschaftliches Integrationsprojekt der demokratischen Staaten Europas erfolgen müsse. Die Einheit Europas sei unabdingbar für die Sicherung des Friedens, dies bedeute langfristig nicht Zusammenarbeit von souveränen Nationalstaaten, „sondern Zusammenschluss zum gemeinsamen Handeln“ und damit Integration im Sinne von Supranationalität.ⁱ Die verbundenen Pariser (1955) und Römischen Verträge (1957) ermöglichtenⁱⁱ, so hofften Brenner und viele seiner gewerkschaftlichen Mitstreiter, neue Formen suprastaatlicher Zusammenarbeit, durch die ein sozial-demokratisches Europa entstehen könnte. Damit korrespondierte die Vision eines vereinigten sozialistischen Europas, das die SPD bereits in ihrem Heidelberger Programm 1925 postulierte und das dem Sozialdemokraten Brenner natürlich bekannt war: „Die Konzeption von den Vereinigten Staaten von Europa (...) sind für uns nichts Neues. Auch wir sind dafür, aber wenn Vereinigte Staaten von Europa, so müssen sie sozialistisch sein!“ Folgerichtig wollten die Gewerkschaften zunächst keine Ost- oder Westorientierung, sondern ein Europa als Brücke zwischen Ost und West, „denn sonst droht uns die Gefahr, zwischen diese beiden riesigen Mühlsteine zu geraten und zerrieben zu werden.“ⁱⁱⁱ

Allerdings waren Ende der 1940er Jahre die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Neugestaltungspläne (Sozialisierung, Wirtschaftsdemokratie, demokratischer Sozialismus) angesichts des eskalierenden Ost-West-Konflikts und der politikökonomischen Restauration in Westdeutschland bereits auf nationaler Ebene längst Makulatur.^{iv} Die deutschen Gewerkschaften und ihr Dachverband, der 1949 gegründete Deutschen Gewerkschaftsverband (DGB), befanden sich in der Defensive.^v Auch in anderen europäischen Ländern wurden linke Kräfte, die auf eine grundsätzliche Umgestaltung der Gesellschaft abzielten, in den ersten Jahrzehnte nach dem Krieg eingeeht oder von den zentralen Institutionen der Macht ausgeschlossen. Die Ausgangsbedingungen für eine nicht-kapitalistische europäische Integration waren Mitte/Ende der 50er-Jahre also bereits denkbar schlecht.

„Brücke zwischen Ost und West“ – von dieser Position, die Brenner 1946 formulierte und mit der er europäische Suchbewegungen jenseits der Westbindung verband, rückte er folglich wenige Jahre ab, als klar wurde, dass neben dem Fortbestand der 1951/52 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)^{vi} auch die von Bundeskanzler Konrad Adenauer und der CDU/CSU vorangetriebene Westbindung nicht mehr rückgängig zu machen war. Zudem ruderte Brenners Partei, die SPD, zurück und stellte ihre Opposition gegen die Westbindung und Nato-Mitgliedschaft ein. Ferner wurde die anfänglich noch erhobene Forderung nach einer schnellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten hintangestellt. Mit dem Godesberger Programm von 1959, dem auch Brenner zustimmte, war die SPD sowohl programmatisch als auch politisch auf dem besten Wege als staatstragende

Reformalternative zum regierenden christlich-liberalen Bündnis in der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen zu werden.^{vii}

Gleichwohl bestimmte die Erkenntnis, dass die überkommenen Nationalstaaten - und die von ihnen verantworteten Kriege – durch ein europäisches Friedens- und Integrationsprojekt zu überwinden seien, nicht nur Brenners Denken und Handeln. Vielmehr begann sich damals parteipolitisch lagerübergreifend, die „Europäisierung des politischen Denkens“ durchzusetzen.^{viii} Die unterschiedlichen Funktionsebenen erkannten die „Grenzen der nationalen Leistungsfähigkeit“ und die Notwendigkeit einer europäischen Neuordnung auf Vertragsgrundlage. In den Worten Jean Monnets, Vordenker und Motor der Europäischen Gemeinschaften, dessen „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ Brenner angehörte^{ix}, müsse es zu einer wirklichen europäischen Bemühung kommen, „die allein durch die Existenz einer Föderation des Westens möglich ist, um daraus die Konsequenzen zweier katastrophaler Weltkriege zu ziehen.“^x Diese Bemühungsversuche, von der Monnet sprach, wurde von großen Teilen der europäischen Gewerkschaftsbewegung konstruktiv aufgegriffen.^{xi} In der Praxis bedeute dies, so Brenner, in Einzelfragen heftig Kritik zu üben, aber diese Kritik „niemals gegen den europäischen Zusammenschluss an sich“ zu richten.^{xii} Unter dieser Prämisse bewerteten die DGB-Gewerkschaften, insbesondere aber die IG Metall, etwa den Schumann-Plan oder die darauf folgende Etablierung der Montanunion/EKGS 1952, die anfangs für innerorganisatorische Kontroversen sorgten.^{xiii}

Diese institutionalisierte Zusammenarbeit bei Kohle und Stahl, die zwischen Frankreich, Italien, den Beneluxstaaten und der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland bestand, gilt als Vorläufer des europäischen Einigungsprozesses, den Brenner grundsätzlich befürwortete. Dieser führte auch dazu, dass sich nun „personelle und organisatorische Strukturen herausbildeten, die einen intensiven Austausch zwischen den europäischen Gewerkschaftsbünden begünstigten. Eine stärkere Koordinierung und Professionalisierung der Gewerkschaftsarbeit schien erforderlich, um europäische Gewerkschaftsexperten und Gremienvertreter wie Otto Brenner besser zu unterstützen.“^{xiv} Das Luxemburger Verbindungsbüro der Gewerkschaften, das die IG Metall erheblich mitfinanzierte, trug dazu bei.

Gleichwohl hatten sich europapolitisch mit der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) die Rahmenbedingungen geändert. Waren die europäischen Gewerkschaften noch an der Ausarbeitung der Montanunion beteiligt, so waren sie bei den Konsultationen zu den Römischen Verträgen „praktisch ausgeschaltet“ mit der Folge, dass „wir nicht den Einfluss haben, der uns als soziale Kraft in der Gesellschaft zusteht.“^{xv} Letztere gelten als Meilenstein des europäischen Einigungsprozesses. Dieser Zusammenschluss europäischer Staaten zur Förderung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik im Rahmen der europäischen Integration war nicht nur die Fortschreibung des EGKS und von Euratom. Vielmehr sollte er auch anderen europäischen Staaten offenstehen und die sogenannten drei europäischen

Gemeinschaften zusammenführen. Insbesondere der von den Gewerkschaften gewünschte Beitritt Großbritanniens wurde jedoch 1963 von Frankreich blockiert. Entschieden wandte sich Brenner gegen die Blockadepolitik von Staatspräsident Charles de Gaulle, den Beitritt Englands zur EWG zu verhindern. Dieser wolle sein Land aus Prestigegründen zu einer unabhängigen Atommacht machen und der französischen Landwirtschaft keine Opfer zumuten. De Gaulles "Europa der Vaterländer" dürfe nicht zum Hemmschuh der europäischen Einigung werden. Darum müssten sich „in erster Linie auch die Gewerkschaften, diesem Versuch entgegenstellen, das Rad der Geschichte rückwärts drehen zu wollen. Sie müssen ihr Möglichstes tun, um die wirkliche Integration Europas über nationalistische Sonderinteressen triumphieren zu lassen.“^{xvi} Der Beitritt Großbritanniens konnte erst 1975 nach einer Volksabstimmung des englischen Elektorats erfolgen.

Nach Inkrafttreten der Römischen Verträge nahm der Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) der EWG seine Arbeit auf – das einzige Gremium, das eine Beteiligung der Gewerkschaften ausdrücklich vorsah. Neben dem DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg und anderen avancierte Brenner zu einem der führenden Europaexperten und -multiplikatoren. Die Bundesregierung berief Brenner zu einem der drei deutschen Gewerkschaftsvertreter in den WSA^{xvii}, in dem er die IG Metall in den drei fachlichen Gruppen für Wirtschafts- und Sozialfragen sowie Atomenergie vertrat. Wenig später wurde Otto Brenner zum Vizepräsidenten des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaften EWG und Euratom gewählt. Darin waren die Gewerkschaften mit Unternehmensverbänden und sogenannten neutralen Vertretern der Bauernschaft oder Gewerbetreibenden beratend eingebunden. Ferner wurde Brenner auch zum Präsidenten der Arbeitnehmergruppe im WSA gewählt. Einerseits stieß die Gründung der EWG auf das Wohlwollen der Gewerkschaften. Andererseits gab es auch beträchtlichen Unmut über den Inhalt des Vertragswerkes und der Zusammensetzung der Organe. Tatsächlich vermittelte die Fokussierung auf energie-, wirtschafts- und zollbezogene Politikfelder den Eindruck, die EWG sei ein rein marktliberales Projekt, ein „Europa, in dem nur die Unternehmer herrschen und ungestört ihren Zielen nachgehen.“ Man habe, so Brenner, die Gewerkschaften vor die vollendete Tatsache eines Vertragswerkes gestellt, das mehr einen liberalen als einen sozialen Inhalt habe. „Ein Europa ohne sozialen Inhalt“, stellte er ernüchternd fest, „wird keine Zukunft haben.“^{xviii}

Kritisch bewertete Brenner auch den Tatbestand, dass den Gewerkschaften beim WSA kein direkter Einfluss auf die Exekutiv- und Verwaltungsorgane der Gemeinschaft eingeräumt worden sei. Der WSA sei nicht paritätisch besetzt und habe „nicht einmal das Recht hat, von sich aus Stellung zu beziehen.“^{xix} Fortan forderte die IG Metall zusammen mit der darin auch vertretenen IG Chemie die paritätische Zusammensetzung des WSA und ein Initiativrecht des Ausschusses für Vorlagen der EWG-Gremien. Nichtsdestotrotz unterstützten die Gewerkschaften das angestrebte Kartellverbot im Rahmen der EWG, die Errichtung einer Zollunion, den Abbau von Handelsbeschränkungen und damit die Perspektive eines europäischen Binnenmarktes für die sechs EWG-Länder Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien,

Luxemburg und den Niederlanden. Der antizipierte stärkere Wettbewerb beschleunigte aus dieser Sicht das Produktivitätswachstum und erhöhte den Lebensstandard. Aus Brenners Perspektive darf die EWG nicht als isolierter, selbstgenügsamer Wirtschaftsblock aufgefasst werden, sondern muss als wirtschaftliche Einheit die Vorteile einer entstehenden weltweiten Arbeitsteilung ausschöpfen. Daher müsse die europäische Integration zu einer Neuordnung der gesamten Wirtschaft im Geiste der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer letztlich über Europa hinausführen.^{xx}

Hier zeigt sich der ganze Optimismus seiner Zeit. In diesem Sinne setzte sich Brenner auch für eine verstärkte „Koordinierung der europäischen Wirtschaftsplanung“ und computerbasierten „Wirtschaftsprogrammierung“ ein und lobte die EWG-Kommission für derartige Entwurfsvorlagen für den WSA.^{xxi} Außerdem begrüßte Brenner die zunehmende Freizügigkeitsmöglichkeiten für europäische Arbeitnehmer im Rahmen des sich herausbildenden Binnenmarktes. Vehement engagierten sich die gewerkschaftlichen Vertreterinnen und Vertreter im WSA, zu denen auch Maria Weber, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, gehörte, für die Anerkennung von Berufsabschlüssen und die soziale Absicherung von zugewanderten Arbeitern.^{xxii} Darüber hinaus war die intensive zwischenstaatliche technische Zusammenarbeit im Rahmen von Euratom unumstritten. Insbesondere die friedliche Nutzung der Atomenergie wurde als Schlüsselressource des technischen und sozialen Fortschritts angesehen. Sie stieß auch bei Brenner und der IG Metall auf große Zustimmung, wenn sie, unter demokratischer Kontrolle stehend und mit hohen Sicherheitsstandards versehen, der engen Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt diene.^{xxiii}

Für die europäische Gewerkschaftsbewegung setzte sich Brenner sowohl im Beratenden Ausschuss der Hohen Behörde der Montanunion als auch als Mitglied im Exekutivausschuss der freien Gewerkschaftsbünde der sechs Länder der EWG ein. Letztere galt als Austauschplattform der zusammengeschlossenen Gewerkschaftsverbände, die auch dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angehören mussten.^{xxiv} Hieraus bildete sich die Keimzelle für ein europäisches Gewerkschaftsnetzwerk. Ab Februar 1963 prägte Brenner als stellvertretender Vorsitzender des neugegründeten Metallausschusses dessen Arbeit. Zu den Konfliktpunkten innerhalb des Metallausschusses gehörten die Abgrenzung zum IMB, die Kooperation mit kommunistischen Gewerkschaften und mit den verschiedenen Entscheidungsgremien der EWG.^{xxv} Acht Jahre später trug Brenner maßgeblich zur Gründung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) bei. Er wurde zu einem der drei Stellvertreter gewählt.^{xxvi} Im Oktober 1971 hob Brenner die statuarisch festgelegte enge Verbindung des EMB mit dem IMB hervor. Ein gemeinsames Handeln aller Metallgewerkschaften werde ausdrücklich angestrebt, wobei das nicht bedeute, dass damit die politischen und ideologischen Differenzen zwischen den unterschiedlichen nationalen Gewerkschaftsbünden gegenstandslos seien.^{xxvii} Damit spielte er auf die verbliebenen Differenzen zwischen den verschiedenen Metallarbeiterbünden auch im EMB an. Insbesondere in Frankreich und Italien rivalisierten sozialdemokratisch und kommunistisch orientierte Gewerkschafter

miteinander und trugen diese Konflikte in den EMB und IMB hinein. Grundlegende ideologische Konflikte zwischen kommunistisch und sozialdemokratisch ausgerichteten Gewerkschaften, vor allem aber politische Krisen, wie die militärische Zerschlagung des „Prager Frühlings 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes, erschwerten die Zusammenarbeit einer gespaltenen internationalen Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen und im Metallausschuss im Besonderen.^{xxviii}

Insgesamt ging es Brenner darum, das Prestige der IG Metall zu erhöhen und zwischen unterschiedlichen Positionen zu vermitteln.^{xxix} Die Schaffung einer politischen und wirtschaftlichen Union im Rahmen einer verstärkten suprastaatlichen Zusammenarbeit blieb das Ziel an sich. Trotz mancher bitteren Kritik gab es für Brenner zur europäischen Vereinigung und zur Überwindung nationalstaatlichen Denkens und Handels keine Alternative. Kooperieren, kritisieren und appellieren – mehr konnten die Gewerkschaften auf europäischer Ebene gegen den Willen von Regierungen und Unternehmerverbänden nicht erreichen, zumal es mitunter auch innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung an Zusammenhalt mangelt.

ⁱ Vgl. Otto Brenner, Deutschland und Europa, in: Ders.: Für eine bessere Welt. Aufsätze zur Gewerkschaftspolitik, Frankfurt 1970. S. 64. Unter dem Titel „Deutschland und Europa aus der Sicht der Gewerkschaften“ hielt Brenner am 4. Februar 1966 dieses Grundsatzreferat vor der Deutsch-Schwedischen Gesellschaft in Stockholm.

ⁱⁱ Mit dem Pariser Vertrag gewährleisteten Frankreich, Großbritannien und die USA der Bundesrepublik Deutschland u. a. eine begrenzte nationale Souveränität und die Mitgliedschaft in der NATO; die Römischen Verträge vertieften mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, Euratom) insbesondere den Prozess der wirtschafts- und energiepolitischen Zusammenarbeit, die bereits 1951 mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder: Montanunion) angelegt war.

ⁱⁱⁱ Brenner, Redemanuskript 1946, in: Ders., Ausgewählte Reden 1946-1971, hrsg. von Jens Becker und Harald Jentsch, Göttingen 2007, S. 25.

^{iv} Werner Abelshäuser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, München 2004.

^v Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaften und soziale Marktwirtschaft seit 1945, Stuttgart 2011, S. 73.

^{vi} Mitglieder waren Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden

^{vii} Vgl. dazu Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

^{viii} Willy Buschak, Der DGB, die deutschen Gewerkschaften und Europa. Geschichte einer verlorenen Erinnerung, in: Stefan Berger, Wolfgang Jäger, Ulf Teichmann (Hrsg.): Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur, Bielefeld 2022, S. 525.

^{ix} Das Aktionskomitee wurde 1955 gegründet. Für die deutschen Gewerkschaften wirkten unter anderem Otto Brenner und der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Tacke mit. S. dazu Stefan Remeke, Gewerkschaften als Motoren der europäischen Integration: Der DGB und das soziale Europa von den Römischen Verträgen bis zu den Pariser Gipfelkonferenzen (1957-1974), in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, H. 42/2009, S. 157.

^x Jean Monnet, Erinnerungen eines Europäers. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt, Wien, München 1978, S. 347 f.; ergänzend dazu die Einschätzungen des DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg (1962-1969), Sinn und Aufgabe von Gewerkschaften. Tradition und Zukunft, Düsseldorf und Wien 1973, 226-232.

^{xi} Yves Clairmont, Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation. Organisation, Strategien und Machtpotenziale des Europäischen Gewerkschaftsbundes bis 1990, Diss., Stuttgart 2014, S. 46, siehe auch FN 82.

^{xii} Otto Brenner, Bilanz und Perspektiven der europäischen Integration in, IG Metall Vorstand (Hrsg.), Visionen lohnen. Otto Brenner 1907-1972. Texte, Rede und Aufsätze, Köln, 1997, S. 83.

^{xiii} Vgl. dazu Karl Lauschke, Zwischen Mitbestimmungs- und Europapolitik: Die IG Metall und die Anfänge der europäischen Integration, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, H. 42/2009, S. 89-102.

Lauschke arbeitet die ambivalenten Diskussionen rund um den Schumann-Plan und die damit verbundene EKGS heraus. Die IG Metall schwankte zwischen anfänglicher Euphorie zur europäischen Zusammenarbeit und deutlicher Skepsis gegenüber einer – anfänglich vorhandenen - französischen Dominanz bei der Kohle- und Stahlproduktion und der Setzung von verbindlichen Rahmenbedingungen. Außerdem wurde befürchtet, dass die ehemalige Vormachtstellung der deutschen Industriearbeiter zu Lasten gewerkschaftlicher Mitbestimmungsrechte wieder hergestellt werden könne. Ebd., S. 89-93.

^{xiv} Jelena Jojevic, Nachholende Europäisierung? Reaktionen und Strategien der IG Metall gegenüber der Montanunion in den 1950er Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, H. 42/2009, S. 115.

^{xv} Brenner, Bilanz und Perspektiven der europäischen Integration, a. a. O., S. 83.

^{xvi} Brenner, Die Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, in: Ders., Ausgewählte Reden 1946-1971, a.a.O., S. 275.

^{xvii} Jörg Rumpf, Plattformen gewerkschaftlicher Europapolitik: IG Metall und IG CPK und der Prozess der europäischen Integration in den 1960er und 1970er Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, H. 42/2009, S. 123-140.

^{xviii} Brenner, Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften in unserer Zeit. Rede auf der DGB-Kundgebung in Oberhausen, 29. August 1961, in: Ders., Ausgewählte Reden 1946-1971, a. a. O., S. 254.

^{xix} Ebd.

^{xx} Ebd.

^{xxi} Brenner, Die Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, in: Ders., Ausgewählte Reden 1946-1971, a.a.O., S. 274.

^{xxii} Viele Informationen finden sich in den Akten des DGB-Bundesvorstandes, die im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn liegen.

^{xxiii} Otto Brenner, Das Aktionsprogramm. Referat, gehalten vor dem DGB-Bundeskongress, 1.-6. Januar 1956, in: Ders., Ausgewählte Reden 1946-1971, a. a. O., S. 130. Die Atomwirtschaft dem freien Wettbewerb zu überlassen, lehnte Brenner ab.

^{xxiv} Vgl. auch Jörg Rumpf, Deutsche Industriegewerkschaften und Europäische Gemeinschaften. Die Europapolitik der Industriegewerkschaft Metall und der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik im Zeitraum zwischen dem Inkrafttreten der Römischen Verträge und den Ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Diss. Bochum 2001, S. 53, FN 94. Der Exekutivausschuss koordinierte die Zusammenarbeit der diversen Gewerkschaftsbünde.

^{xxv} Johanna Wolf, Assurances of Friendship. Transnationale Wege von Metallgewerkschaften in der Schiffbauindustrie, 1950-1980, Dissertation. Göttingen 2018, S. 226 ff. Als transnationalen Lern- und Vernetzungsprozess schildert die Autorin unter anderem auch Brenners Zusammenarbeit mit Vertretern der verschiedenen Metallgewerkschaftsbünde.

^{xxvi} Clairmont, Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation, a. a. O., S.103 und S. 234.

^{xxvii} Otto Brenner, Ansprache zur Eröffnung der Zentralkomitee-Sitzung des IMB in Lausanne am 24.10.1971, in: Archiv der sozialen Demokratie, IGMA45072199, S. 6 f.

^{xxviii} Vgl. dazu Clairmont, Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation, a. a. O., S. 126-143. Insbesondere auf S. 138 f. zeigt der Autor, der sich unter anderem auf Insiderinformationen des Brenner-Vertrauenssekretärs des Metallausschusses, Günter Köpke (ebd., 104) stützt, dass die IG Metall im Metallausschuss an einer differenzierten Bewertung des Prager Frühlings und der Zusammenarbeit mit kommunistischen Gewerkschaften interessiert war.

^{xxix} Konzise fasst Yves Clairmont diesen Sachverhalt in einem Schreiben an den Verfasser vom 4.12.2024 zusammen, der auch in Clairmonts zitierter Dissertation seinen Ausdruck findet: „Aus den Protokollen des Metallausschusses/EMB vermittelte sich mir insgesamt, dass Brenner auf europäischer Ebene als eine integrativ wirkende Persönlichkeit zwischen den Interessen der unterschiedlichen nationalen Gewerkschaften auftrat.“ Ihm zufolge sei Brenner in den Gremien des Metallausschusses/EMB nicht zuletzt deshalb sehr anerkannt gewesen. Durch seinen Nachfolger, Eugen Loderer, „änderte sich die Rolle der IG Metall im EMB dann, die Arbeit wurde deutlich konfliktreicher [...] Die IG Metall trat viel undiplomatischer auf und versuchte, ihr organisatorisches Gewicht und ihre Macht sehr viel stärker auszuspielen. Sie provozierte damit auch entsprechende Reaktionen bei den anderen europäischen Metallgewerkschaften“. Köpkes Informationen fließen hier ebenfalls ein.